

**BRAND-Brief der EVG-Landesverbände Mecklenburg-Vorpommern, Berlin, Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen an die regionalen Mitglieder des Bundestages**

Liebe Abgeordnete,

November 2015

wir Eisenbahnerinnen und Eisenbahner aus euren und Ihren Wahlkreisen der östlichen Bundesländer wenden uns über unsere Gewerkschaft an Sie, weil es eine Entscheidung abzuwenden gilt, welche, sollte sie endgültig werden, fatale Auswirkungen nach sich ziehen wird.

Der vermeintliche Kompromiss zur Ausreichung und Aufteilung der Regionalisierungsmittel beinhaltet massive Kürzungen für unsere ostdeutschen Flächenländer, die in wenigen Jahren voll wirksam werden (siehe z.B. Fachinformationsdienst „ÖPNV aktuell“ Nr. 40/2015 vom 02.10.15, Seite 4). Dadurch drohen massive Abbestellungen von SPNV-Leistungen! Was nichts anderes als DAS bedeutet:

- Viele Menschen in weiteren Regionen werden vom Bahnverkehr abgehängt, das fatale Streckensterben fortgesetzt! Auch und vor allem in IHREN Wahlkreisen und deren Umfeld!
- Die Verkehrswende, welche unabdingbar ist, um den Klimawandel beherrschbar zu behalten, wird weiter blockiert – es werden also die Lebensgrundlagen für unsere, auch IHRE, Enkel gefährdet!
- Das Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse in Ost und West, in Stadt und Land, wird torpediert, d.h. das, wofür SIE angetreten sind und Verantwortung tragen!
- Zahlreiche Jobs bei den Eisenbahnen werden entfallen! Arbeitsplätze, die für eine nachhaltige Zukunftsfähigkeit stehen, welche nun in Frage gestellt wird, wenn SIE dies zulassen und nicht aktiv dafür eintreten, dass die Kürzungen unterbleiben!

Das alles ist keine Schwarzmalerei, sondern das sind logische Folgen, wenn es weniger Geld gibt. Die Aufgabenträger können gar nicht anders, als Kürzungen vorzunehmen!

Wir möchten und können Sie und euch nur eindringlich bitten und auffordern: tretet dafür ein, dass der Bundesfinanzminister die fehlende halbe Milliarde auf die Regionalisierungsmittel noch drauf legt! Wenn der Gesamtpf die vorab als Grundlage für den „Kieler Schlüssel“ notwendigen 8,5 Milliarden Euro enthält, dann werden die Entwicklungen im Osten zwar nicht rosig, aber hoffentlich beherrschbar bleiben.

Alles andere wäre Zukunftsverweigerung, wäre politisches Versagen gegenüber den bestehenden Notwendigkeiten, wäre ein Anschlag auf die öffentliche Mobilität – und diejenigen, welche diese bisher aufopferungsvoll, mit vollem persönlichen Einsatz und Liebe zur Sache ermöglichen!